

Bundespräsidentenwahl in Deutschland

30. Juni 2010

ANALYSE

1 Monat vor der
Wahl

Die Überraschung

Am 31. Mai 2010 hat Bundespräsident Horst Köhler überraschend seinen „*Rücktritt mit sofortiger Wirkung*“ angekündigt. Dies hat es so in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben. Horst Köhler war sichtlich berührt. Die Deutschen hatten ihm den Beinamen „*Super Horst*“ gegeben. Er hatte angegeben, dass er seine Entscheidung getroffen habe, nachdem er die Reaktionen auf das Radio-Interview zur Kenntnis genommen hatte, das er am 22. Mai bei seiner Rückkehr aus Afghanistan gegeben hatte. In dem Interview hatte er das militärische Engagement der 4 500 deutschen Soldaten in Afghanistan mit wirtschaftlichen Gründen in Verbindung gebracht. Er hatte erklärt: *„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im*

Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen-negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen“. Diese Worte haben schockiert, da sie nicht mit der offiziellen Linie der Regierung übereinstimmen, für welche das militärische Engagement Deutschlands in Afghanistan ein Beitrag zur Terrorismus-Bekämpfung darstellt. *„Die wirtschaftlichen Gründe stellen keine Rechtfertigung der Stationierung in Afghanistan dar*“, hat Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg betont. Die Motive des Rücktritts des Staatsoberhauptes haben die deutsche politische Klasse nicht überzeugt. Horst Köhler wurde am 23. Mai 2004 gewählt und 5 Jahre später wiedergewählt. Er wurde oft als untypisches Staatsoberhaupt angesehen. Im Namen des Respekts der Verfassung hatte der Bundespräsident abgelehnt, bestimmte Gesetze zu unterzeichnen, vor allem im Jahre 2006 bezüglich der Privatisierung der Flugsicherheit. Er hatte die Finanzmärkte als « *Monster* » bezeichnet (hierfür hat er sich später entschuldigt) und den Beginn der derzeitigen Regierungskoalition

unter Leitung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die CDU/CSU und FDP vereint, als „*enttäuschend*“ erachtet. Frank Baasner, der Direktor des deutsch-französischen Instituts (DFI) in Ludwigsburg hat erklärt: *„Man konnte steigende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Maßnahmen der Regierung und der Analyse feststellen, die das Staatsoberhaupt über die Krise in Griechenland und den Euro gemacht hat. Horst Köhler konnte seine Mission nicht mehr so erfüllen, wie er es sich gewünscht hat, und die neue Koalition, die er selbst getragen hatte, hat seiner Ansicht nach nicht die richtige Politik geführt*“. Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte nach der Ankündigung des Rücktritts des Staatsoberhauptes: *„Ich bedaure diesen Rücktritt auf das Allerhärteste. (...) Ich glaube, dass die Menschen in Deutschland sehr traurig sein werden über diesen Rücktritt, denn Horst Köhler war ein Präsident der Menschen, der Bürger in Deutschland*“. Der Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle sei *„wie vom Donner getroffen gewesen*“. Henrik Uterwedde, der stellvertretende Direktor des DFI, hat betont: *„Ich bewundere die Geste, die Stil hat. Es gab keine Affäre um Köhler, und niemand hat ihn zum Rücktritt aufgefordert. Man muss wahrscheinlich in*

seiner Geste die sehr hohe Achtung sehen, die er für seine Aufgabe hatte“.

Dieser Rücktritt kommt zu einem schlechten Zeitpunkt für die Bundeskanzlerin. Nils Diederich, Politikwissenschaftler der Freien Universität Berlin, hat erklärt: „*Sie befindet sich in einer ungefähr genauso aussichtslosen Situation wie Kanzler Schröder (SPD) nach der Niederlage in Nordrhein-Westfalen (22. Mai 2005), als er vorgezogene Wahlen einberufen hat“.*

Die Kandidaten

Ursula von der Leyen (CDU) wurde eine Zeit lang als mögliche Nachfolgerin von Horst Köhler erahnt. Die derzeitige Bundesministerin für Arbeit und Soziales ist bei den Deutschen beliebt, aber sie findet keine allgemeine Zustimmung bei den Konservativen und Katholiken der CSU, dem Bündnispartner der CDU seit 1953, die sich gegen ihre Politik als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005-2009) stellte. Angela Merkel musste dem Druck der führenden Politiker der CDU und der FDP nachgeben.

Am 3. Juni hat die Kanzlerin Christian Wulff (Ministerpräsident des Landes Niedersachsen seit 2003) als Kandidaten vorgestellt, der von der Regierungskoalition gewählt worden war. Er kann gleichzeitig als Nachfolger und als Rivale von Angela Merkel angesehen werden. Christian Wulff ist katholisch und vertritt den liberalen Flügel der CDU. Er wird von der FDP und auch der CSU geschätzt.

Joachim Gauck, der frühere Chef der Stasi-Unterlagen-Behörde, ist der Kandidat der sozialdemokratischen Partei (SPD) und der Grünen.

Die Funktion des Präsidenten

Das Staatsoberhaupt wird von der Bundesversammlung gewählt, die 1 224 Mitglieder umfasst: 612 Mitglieder des Bundestags und 612 Volksvertreter der Länder (Abgeordnete der Landesparlamente und Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft). Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt ohne Aussprache und in bis zu drei Wahlgängen. In den ersten beiden Wahl-

gängen ist eine absolute Mehrheit der Stimmen (613 Stimmen) erforderlich, im letzten Wahlgang reicht die relative Mehrheit.

Das Amt des Präsidenten ist in Deutschland vor allem ein Ehrenamt. Das Staatsoberhaupt stellt jedoch eine moralische Autorität dar; seine Rolle reicht über die Vorrechte hinaus, die ihm das Grundrecht gewährt. Der Bundespräsident wird für 5 Jahre gewählt und repräsentiert das Land auf internationaler Ebene. Er schließt Verträge mit anderen Staaten, akkreditiert und empfängt diplomatische Vertreter. Er ist der Hüter des Rechts und der Verfassung, er nominiert die föderalen Richter und Beamte, die Offiziere und Unteroffiziere und setzt sie ab. Er kann den Bundestag in zwei Fällen auflösen: wenn der Bundestag es nicht schafft, einen Kanzler zu wählen (also wenn kein Kandidat die Mehrheit der Abgeordnetenstimmen nach 3 Tagen versammelt, Artikel 63 des Grundgesetzes) oder wenn eine vom Kanzler gestellte Vertrauensfrage nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält (Artikel 68). Die Parlamentswahlen müssen in den 60 Tagen nach der Auflösung einberufen werden (Artikel 39). Drei Auflösungen fanden statt: am 23. September 1972, am 6. Januar 1983 und am 21. Juli 2005, im ersten Mandat des aus dem Amt scheidenden Bundespräsidenten Horst Köhler.

Jeder Kandidat bei der Bundespräsidentenwahl muss mindestens 40 Jahre alt sein und darf nur einmal wiedergewählt werden. Laut Grundgesetz darf der Bundespräsident weder der Regierung noch einem gesetzgebenden Organ des Bundes oder einem der 16 Länder angehören. Er darf keine weitere öffentliche oder private entlohnte Funktion ausüben und darf keiner Direktion oder keinem Verwaltungsrat eines Unternehmens angehören, das gewinnbringende Ziele verfolgt.

Die beiden Parteien der Regierungskoalition besitzen eine Mehrheit von ca. 20 Stimmen in der Bundesversammlung. Christian Wulff dürfte (falls keine neue Überraschung eintritt) am 30. Juni 2010 zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden. Bis zu diesem Datum übernimmt der Präsident des Bundesrats Jens Böhrnsen das Amt.

Bundespräsidentenwahl in Deutschland, eine Bilanz ein paar Tage vor der Wahl ,

Eine Bilanz ein paar Tage vor der Wahl

Der überraschende Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler am 31. Mai kam in einer schwierigen Zeit für die Regierungskoalition. Diese Koalition wird von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geleitet und versammelt die Christlich Demokratische Union/Christlich Soziale Union (CDU/CSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP). Die Kanzlerin musste eine riskante vorgezogene Präsidentenwahl organisieren. Der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei (SPD) und der Grünen, der Pastor Joachim Gauck, gilt ein paar Tage vor der Wahl am 30. Juni als aussichtsreichster Kandidat. Die Präsidentenwahl hat noch nie so viel Interesse in Deutschland hervorgerufen. Das Staatsoberhaupt, dessen Amt v.a. ein Ehrenamt ist, wird von der Bundesversammlung gewählt, die 612 Mitglieder des Bundestags und eine gleiche Mitgliederzahl aus den Ländern (Abgeordnete aus den Länderparlamenten oder Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft) umfasst.

Joachim Gauck beschreibt sich als „linker Konservativer“. Er betont, dass er den liberalen Werten nahe steht und denkt, dass er dank der Stimmen von manchen CDU/CSU- und FDP-Angehörigen zum Präsidenten gewählt wird. Der Kandidat der linken Kräfte ist ein Freund der derzeitigen Kanzlerin. Er hat in der Bild-Zeitung erklärt, dass er *„der Kandidat von Angela Merkel“ hätte sein können. „Es ist aber ganz und gar nicht meine Absicht gewesen und ist es immer noch nicht, mit meiner Kandidatur der Bundeskanzlerin Schaden zuzufügen. Ich habe ihren Weg an die Spitze der Macht mit hoher Anerkennung und Freude verfolgt. Es geht mir nicht um einen parteipolitischen Coup und schon gar nicht um eine persönliche Auseinandersetzung“*, hat er erklärt.

Joachim Gauck möchte nicht als jemand charakterisiert werden, der Angela Merkel zu Fall bringen könnte, und er hat angegeben, dass er beinahe das Angebot der Kandidatur um das Bundespräsidentenamt ausgeschlagen hätte, um die Kanzlerin nicht in Bedrängnis zu bringen.

„Ich war überrascht und fühlte mich geschmeichelt, dass man für dieses Amt an mich gedacht hat. Aber es war wirklich nicht meine Absicht, Angela Merkel zu behindern. Ich bin mir sicher, dass sie meine Bewerbung nicht als einen Angriff gegen ihre Regierung sieht. Ich will nur das Beste für das Land“, hat Joachim Gauck erklärt. Der Pastor, der ursprünglich wie auch die Bundeskanzlerin aus der ehemaligen DDR kommt, ist ein Bürgerrechtsaktivist. Er hat nach dem Fall der

Berliner Mauer im Jahre 1989 die Forschung in den Stasi-Archiven geleitet.

Trotz der Erklärungen von Joachim Gauck sorgt seine Kandidatur in der Regierungskoalition für Unruhe. Der Spiegel hatte ihn als *„besten Präsidenten“* bezeichnet. Mehrere Persönlichkeiten des rechten Lagers haben ihm bereits ihre Unterstützung zugesichert: Holger Zastrow, FDP-Vorsitzender des Landes Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), der bei der Kanzlerin angefragt hat, den Wählern die freie Wahl am 30. Juni zu lassen, und Jörg Schönbohm, ehemaliger CDU-Vorsitzender des Landes Brandenburg, hat erklärt: *„Ich frage mich, warum es im konservativen Lager nicht möglich sein könnte, mit der sozialdemokratischen Partei über den Kandidaten Joachim Gauck einig zu sein“*. Die Sozialdemokraten bestehen auf der moralischen Autorität ihres Kandidaten. *„Joachim Gauck bringt ein Leben mit in seine Kandidatur und in sein Amt“*, hat der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel betont.

Wenn der Kandidat der SPD und der Grünen auch die rechten Kräfte anzieht, so gefällt er hingegen nicht der linken Partei (Die Linke). Die Abgeordnete Gesine Löttsch hat erklärt, dass die Mitglieder der Partei Die Linke *„in keinem Fall Joachim Gauck wählen könnten“*, und dies aufgrund seiner Vergangenheit als antikomunistischer Aktivist. Die Partei stellt ihre eigene Kandidatin bei der Präsidentenwahl am 30. Juni: Lukrezia Jochimsen, ehemalige Soziologin, Journalistin und ehemalige Abgeordnete.

Der Kandidat der Regierungskoalition heißt Christian Wulff (CDU). Der ehemalige Ministerpräsident des Landes Niedersachsen (2003-2010), der von diesem Amt zurückgetreten ist, um bei der Präsidentenwahl zu kandidieren (er wurde von David McAllister ersetzt), war nicht die erste Wahl von Bundeskanzlerin Angela Merkel für dieses Amt. Sie hatte sich gewünscht, dass die derzeitige Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen (CDU) Horst Köhler nachfolgt, bevor sie dem Druck der führenden Politiker der Partei und des Regierungspartners (FDP) nachgab.

Nach den Rücktritten von Roland Koch (CDU), Ministerpräsident von Hessen, und von Jürgen Rüttgers (CDU), Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, der bei den regionalen Wahlen am 9. Mai Stimmeneinbußen hinnehmen musste, kann die Kanzlerin nur hoffen, dass sie im Falle eines Sieges von Christian Wulff einen weiteren ihrer Gegner in der CDU loswerden kann, indem sie „*einem ihrer letzten potenziellen Rivalen in einem goldenen Käfig des Schlosses Bellevue*“ einen Platz zuweist, hat der Politologe Gerd Langguth gesagt.

„Kurzfristig kann das Jahr 2010 (...) für die Kanzlerin Angela Merkel vorteilhaft sein, die sich nicht mehr um ihre Rivalen sorgen muss. Aber auf lange Sicht ist dies schlecht für sie, da sie nunmehr immer mehr die Partei dazu überzeugen muss, ihr zu folgen. Und es könnte sein, dass sich die Partei früher oder später sagt: „Wir brauchen jemand anderen“, analysiert der Gero Neu-

gebauer, Politologe der Freien Universität Berlin.

„Ich denke, dass ein Präsident der Republik in der Lage sein muss, Menschen zusammenführen, Brücken zu bauen und integrativ zu wirken“, hat Christian Wulff erklärt, der in seinem Land (Niedersachsen) eine Ministerin türkischer Herkunft ernannt hat. Im April stand diese jedoch in den Schlagzeilen, als sie dazu aufgerufen hatte, die Kruzifixe in deutschen Schulen zu entfernen; eine inakzeptable Maßnahme für die Katholiken der CDU/CSU.

Die Meinungsumfragen zeigen, dass die Deutschen Joachim Gauck an die Spitze Deutschlands wählen würden, wenn sie wählen dürften: Nach dem Politikbarometer der ZDF würden 39% von ihnen Joachim Gauck wählen und 31% wären für Christian Wulff. Nach einer Umfrage des Instituts Forsa für die Wochenzeitschrift Stern würde Joachim Gauck 42% der Stimmen der Bevölkerung erhalten und Christian Wulff 32%. Eine Meinungsumfrage, die von der ARD veröffentlicht wurde, sieht Joachim Gauck mit 40% der Stimmen der Deutschen vor Christian Wulff mit 31%.

Die CDU/CSU et die FDP besitzen in der Bundesversammlung 21 Sitze mehr als ihre Gegner. Dies ist a priori ein ausreichender Vorsprung, um Christian Wulff zu wählen. Aber ist eine Überraschung möglich? Derzeit hat sich Angela Merkel von der Präsidentenwahlkampagne zurückgezogen.



Christian Wulff, neuer Bundespräsident

Christian Wulff, Kandidat der Regierungskoalition, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geleitet wird und die CDU/CSU sowie FDP vereint, hat einen „*kleinen*“ Sieg bei der Bundespräsidentenwahl am 30. Juni errungen.

Christian Wulff wurde im dritten Wahlgang mit 625 Stimmen der 1 244 Delegierten der Bundesversammlung gewählt, welche 622 Mitglieder des Bundestags und ebenso viele gewählte Mitglieder der Länderparlamente oder Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft umfasst. Der Kandidat der SPD und der Grünen, Joachim Gauck, hat 494 Stimmen erhalten. 121 Delegierte, v. a. der Partei Die

Linke, haben sich enthalten.

Obwohl die Regierungskoalition eigentlich 21 Stimmen mehr als die Opposition in der Bundesversammlung hatte, hat Christian Wulff im ersten Wahlgang nur 600 Stimmen erhalten. Die absolute Mehrheit (623 Stim-

men) war notwendig, um die Wahl zu gewinnen. Manche Delegierte der Regierungskoalition haben also nicht ihren Kandidaten unterstützt. Im ersten Wahlgang hat Joachim Gauck 499 Stimmen erhalten, die Kandidatin der Partei Die Linke, Lukrezia Jochimsen, 126 Stimmen

und Frank Rennicke, Kandidat der NPD, 3 Stimmen. 13 Personen haben sich enthalten.

Die Abhaltung eines zweiten Wahlgangs war an sich schon ein Rückschlag für die Kanzlerin. Bei diesem zweiten Wahlgang lag Christian Wulff mit 615 Stimmen an der Spitze, hat aber hiermit wieder nicht die notwendige absolute Mehrheit erreicht. Joachim Gauck hat 490 Stimmen erhalten und Lukrezia Jochimsen 123 Stimmen.

Im dritten Wahlgang reichte die einfache Mehrheit zur Wahl. Lukrezia Jochimsen trat nicht mehr zum dritten Wahlgang an. Christian Wulff wurde Bundespräsident und somit Nachfolger von Horst Köhler, der am 31. Mai von dem Amt des Bundespräsidenten zurückgetreten ist. Christian Wulff ist 52 Jahre alt und hat Rechtswissenschaften an der Universität Osnabrück studiert. Er war Rechtsanwalt, bevor er sich der Politik widmete. Er ist Mitglied der CDU, seitdem er 19 Jahre alt ist, und er wurde 1979 Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union (CDU) in seinem Bundesland Niedersachsen, der

er anschließend als niedersächsischer Landesvorsitzender vorstand. Seit 1998 war Christian Wulff stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands.

Im Jahre 1994 wurde er zum Abgeordneten im Ländeparlament Niedersachsens gewählt und wurde 2003 Ministerpräsident des Landes. Bei der letzten Landtagswahl am 27. Januar 2008 wurde er wiedergewählt. Christian Wulff ist von diesem Amt vor ein paar Wochen zurückgetreten, um bei der Bundespräsidentenwahl zu kandidieren. Er wurde von David McAllister ersetzt. Christian Wulff ist der jüngste Bundespräsident der Geschichte Deutschlands, der zweite Katholik, der das Amt besetzt und der dritte Bundespräsident, der bei einem dritten Wahlgang nach Gustav Heinemann (SPD), 1969-1974, und Roman Herzog (CDU), 1994-1999, gewählt wurde.

Oskar Niedermeyer, Politologe der Freien Universität Berlin, erklärte, dass die Kanzlerin auf diese Bundes

DIE STIFTUNG NEUESTEN PUBLIKATIONEN

Wahlobservatorium - Polen - Präsidentschaftswahlen vom 20. Juni 2010

Schutz der Grundrechte in der EU nach Lissabon-Vertrag

EI n°173 - 14/06/2010 - Xavier Groussot, Laurent Pech

Freiwillige Zusammenarbeit in Europa - Wie können neue Impulse für Europa ...

Hinweis: n° 47 - Mai 2010 - Pierre Fauchon, François Sicard

Die neuesten Publikationen der Stiftung
Sie finden alle unsere Publikationen auf unserer Internetseite
www.robert-schuman.eu

Herausgabe: Pascale JOANNIN

DIE ROBERT-SCHUMAN-STIFTUNG wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.